

# Wie «staatlich» zum Schimpfwort wurde

**Heute müssen wir über den Staat sprechen. Oder besser: Über seine Verunglimpfung. Denn das Wort «staatlich» ist zum Schimpfwort geworden. Wer eine Firma als «Staatsfirma» bezeichnet, meint das böse. Die NoBillag-Initianten zum Beispiel beschimpfen die SRG als «Staatsender». Wie zum Henker konnte «Staat» zum Schimpfwort werden? Darauf gibt es nur eine Antwort.**

«Staatsender». So bezeichnen NoBillag-Befürworter die SRG. Sachlich ist das falsch. Die SRG ist ein Verein. Die NoBillag-Initianten bezeichnen die SRG als Staatsender, weil es ein Gesetz gibt, das ihr Gebühren zusichert. Nach dieser Logik müsste man alle Bauern in der Schweiz «Staatsbauern» nennen. Schliesslich besteht mehr als die Hälfte des bäuerlichen Einkommens aus Subventionen.<sup>1</sup> Interessant am Wort «Staatsender» ist aber vor allem, dass die Initianten das böse meinen. Für sie ist «Staat» ein Schimpfwort. Wie ist es bloss dazu gekommen?

Schuld ist vermutlich der österreichische Wirtschaftswissenschaftler Friedrich August von Hayek, 1899 in Wien geboren und 1992 in Freiburg

im Breisgau gestorben. Hayeks Credo war der freie Markt. Im Zentrum der Gesellschaft sollen nicht mehr Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit stehen, sondern Konkurrenz und Besitzfreiheit. Der Staat ist für den Neoliberalismus der grosse Feind des freien Marktes. Er soll sich aus der Wirtschaft zurückziehen und das Feld den Kräften des freien Marktes überlassen.

## Der schrankenlose Kapitalismus

Ronald Reagan, von 1981 bis 1989 der 40. Präsident der Vereinigten Staaten, und Margaret Thatcher, von 1979 bis 1990 Premierministerin des Vereinigten Königreichs, waren die beiden ersten Staatenlenker, die ganz auf Hayeks Theorien setzten. Beide haben in ihren Ländern staatliche Betriebe privatisiert, staatliche Regulierungen des Marktes zurückgefahren oder ausser Kraft gesetzt und die Steuern gesenkt. Vor allem der wirtschaftliche Erfolg der USA hat dazu geführt, dass sich «Reaganomics», die Wirtschaftsordnung nach Reagan, auf der ganzen Welt breitmachte.

Diese Wirtschaftspolitik heisst «neoliberal». Mit dem klassischen Liberalismus hat sie allerdings wenig zu tun.

Der politische Liberalismus stellt die Freiheitsrechte des Bürgers in Zentrum. Dem Neoliberalismus ist der Bürger schnurz. Ziel des Neoliberalismus ist der möglichst freie (oder, ehrlicher formuliert: der möglichst schrankenlose) Kapitalismus. Im Neoliberalismus hat die Wirtschaftsfreiheit Vorrang vor allem anderen, vor den Bürgerfreiheiten, vor dem Staat, vor der Wohlfahrt sowieso.

## Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung

An die Stelle von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit treten als grosse Parolen im Neoliberalismus die Forderung nach Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Das Ziel ist der freie Kapitalverkehr, uneingeschränktes, globales Investieren, natürlich möglichst ohne jede Regulierung. Deshalb wird der Staat zum grossen Gegner der Wirtschaft stilisiert, ja zum Steuer-Raubritter gebrandmarkt. Die grossen Konzerne sehen sich legitimiert, ihre Geschäfte international so aufzustellen, dass sie Steuern möglichst vermeiden. Steuern sind aus ihrer Sicht staatliche «Abzocke» – also ungerechtfertigt eingetribenes Geld.

Donald Trump zeigt in den USA derzeit, wie neoliberale Politik heute geht. Er schafft möglichst viele staatliche Regulierungen ab, weil sie die Wirtschaft einschränken. Umweltauflagen? Einschränkungen für Ölfördergesellschaften? Regulierung der Finanzmärkte? Gesetzlich geregelte Krankenversicherung? Alles weg. Und natürlich die Steuern runter. Denn Steuern und Sozialabgaben behindern aus dieser Sicht die Wirtschaft nur.

## So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht

Margaret Thatcher sagte 1987 in einem Interview: *There's no such thing as society.*<sup>2</sup> So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht. Es gibt nur individuelle Männer und Frauen und Familien und die müssen in erster Linie für sich selbst schauen. Sagte Thatcher in dem Interview. Genau das ist die Sicht, die sich heute breit macht. Jeder schaut in erster Linie für sich selbst. So etwas wie eine Gemeinschaft gibt es nicht. Und den Staat braucht es dafür schon gar nicht.

Aus dieser Haltung heraus wehren sich die Republikaner in den USA gegen eine obligatorische Krankenversiche-

rung, die nur funktioniert, wenn *alle* sich versichern. Auch die so genannten guten Risiken. Aus dieser Haltung heraus haben sich bürgerliche Kreise in der Schweiz jahrelang gegen die Sozialversicherungen gewehrt, weil die Altersvorsorge nur funktioniert, wenn *alle* ihre Beiträge leisten. Auch die Gutverdienenden, die eine AHV nicht nötig haben. Aus dieser Haltung heraus wehren sich Rechtsbürgerliche in der Schweiz heute gegen einen gebührenfinanzierten, öffentlichen Rundfunk, der sich nur dann aufrecht erhalten lässt, wenn *alle* daran zahlen.

### Ohne Staat kein Markt

Die obligatorische Krankenversicherung, die AHV, der mediale Service public – es sind Beispiele für staatlich verordnete Solidarität. Doch in der Logik des Neoliberalismus hat Solidarität keinen Platz. Deshalb wird der Staat zum Feind der Wirtschaft erklärt und der Markt zum alleinigen Massstab. Das ist absurd. Denn ohne Staat gäbe es keinen Markt. Auch ein freier Markt funktioniert nur, wenn sich die Geschäftspartner darauf verlassen können, dass Verträge eingehalten werden. Wenn es Regeln für diesen Markt gibt – und Mechanismen, die greifen, wenn

diese Regeln nicht eingehalten werden. Ohne Staat gäbe es auch kein Geld – doch, halt: mittlerweile gibt es Geld ohne Staat. Es heisst Bitcoin und wird digital «geschürft».

Interessant ist, dass in der Schweiz die Bauern aus dieser Diskussion komplett ausgeblendet werden. Die SVP, die ehemalige Bauern- und Gewerbeartei, ist die Partei, die immer am lautesten nach Deregulierung ruft – es sei denn, es gehe um die Bauern. Die SVP kürzt im Nationalrat gerne alle Staatsausgaben – ausser das Budget der Armee und die Subventionen der Landwirtschaft. Würde die SVP an die eigene Theorie des freien Marktes glauben, müsste sie den Bauern sofort alle Subventionen streichen. Natürlich wehrt sich die Partei dagegen mit Verweis auf den Sonderfall Schweiz und die besonderen Verhältnisse in unserem Land. Argumente, die sich genau so auf die SRG anwenden liessen.

### Wie weiter?

Es gibt im Moment drei grosse Strömungen in der Wirtschaftspolitik:

- die neoliberale Wirtschaftspolitik nach Hayek und Milton Friedmann, wie sie in den USA praktiziert wird

- der nationalistische Staatsinterventionismus, wie er von rechtspopulistischen Parteien in Europa gefordert oder praktiziert wird
- eine an John M. Keynes orientierte, sozial-ökologische Wirtschaftspolitik, die bereit ist, den Staat als Ausgleich zu den freien Marktkräften einzusetzen.

Johann Baier hat in seinem kleinen Buch «Das Ende des Glaubens an den freien Markt»<sup>3</sup> die unterschiedlichen Richtungen der Wirtschaftspolitik gut verständlich skizziert. Er folgert aus der Wirtschaftsgeschichte, dass es soziale Gerechtigkeit nur durch Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Arbeit geben kann. Dass sich wirtschaftliche Stabilität nur durch strenge Regulierung der Finanzmärkte realisieren lässt. Dass wir Klima- und andere Umweltkatastrophen nur verhindern können, wenn der Staat eingreift mit Regulierungen und Verboten oder Anreizen. Eine (für Mensch und Umwelt) gesunde Wirtschaft gibt es also nur, wenn der Staat eingreift.

Seien Sie deshalb skeptisch, wenn Ihnen «staatlich» als Schimpfwort verkauft wird. Fragen Sie sich zuerst, was derjenige, der den Staat da gerade ver-

unglimpft, davon hat. Und denken Sie daran, dass heute die wirkliche Macht meistens nicht mehr in der Hand von Staaten liegt, sondern in der Hand von globalen Firmen wie Google oder Facebook. Wir fürchten uns vor dem staatlichen Big Brother, dabei leben wir längst in der Brave New World von Firmen, die uns sanft umgarnen – aber umso fester in ihren Fängen halten.

Basel, 5. Januar 2018, Matthias Zehnder [mz@matthiaszehnder.ch](mailto:mz@matthiaszehnder.ch)

### Quellen:

- 1 Vgl. <https://www.srf.ch/news/wirtschaft/direktzahlungen-fuer-bauern-spielt-der-markt-fast-keine-rolle>
- 2 Vgl. <https://www.theguardian.com/politics/2013/apr/08/margaret-thatcher-quotes>
- 3 Johann Baier: Das Ende des Glaubens an den freien Markt. Lehren aus der Wirtschaftsgeschichte: Warum wir eine sozial-ökologische Wirtschaftswende brauchen. Verlag Twentysix, 168 Seiten, 11.90 Franken; ISBN 978-3-7407-3054-3